

Stand: 20.04.2026 08:18:53

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/14244

"Unternehmen und Arbeitsplätze retten: Einzelhandel sofort öffnen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/14244 vom 03.03.2021
2. Plenarprotokoll Nr. 74 vom 04.03.2021
3. Beschluss des Plenums 18/14367 vom 05.03.2021
4. Plenarprotokoll Nr. 75 vom 05.03.2021



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

Unternehmen und Arbeitsplätze retten: Einzelhandel sofort öffnen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Der Einzelhandel prägt gemeinsam mit der Gastronomie die Innenstädte und Ortskerne und ist ein wesentlicher Faktor, der die Aufenthaltsqualität im Öffentlichen Raum bestimmt. Er ist mit 60 000 Betrieben, 330 000 Beschäftigten und über 40 000 Ausbildungsplätzen ein bedeutender Wirtschaftsfaktor in Bayern. Gerade familiengeführte Betriebe haben in Bayern vielerorts Bedeutung im gesellschaftlichen Leben, sei es als Sponsor, Förderer oder Arbeitgeber. Durch den Endlos-Lockdown ohne Öffnungsperspektive steht jedoch die Zukunft zahlloser Geschäfte und Arbeitsplätze auf dem Spiel. Eine dauerhafte Schließung des Einzelhandels ist angesichts der stabilen bayernweiten Inzidenz unter 100 nicht mehr verhältnismäßig und nicht länger hinnehmbar. Bayern benötigt jetzt zügig eine echte Öffnungsperspektive für eine Normalisierung des öffentlichen Lebens. Die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land haben einen Anspruch darauf, dass die Politik eine Exit-Strategie entwickelt und auch kommuniziert, anstatt sich von Datum zu Datum zu hangeln.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, unverzüglich mit einer Vorlaufzeit von drei Tagen den kompletten Einzelhandel in Landkreisen mit einer Inzidenz unter 100 mit entsprechenden Schutzmaßnahmen zu öffnen.

Bei der Lockerung der Maßnahmen ist insbesondere auf eine klare Kommunikation zu achten, sodass alle Betriebe transparent informiert werden.

Begründung:

Nach wie vor ist der Lockdown die wesentliche Antwort der Staatsregierung auf die Coronakrise. Er ist in der derzeitigen Situation in seiner momentanen Form nicht länger verhältnismäßig. Außerdem herrscht durch die Bevorzugung des Onlinehandels sowie durch willkürliche Öffnungen einzelner Teilbereiche des Einzelhandels eine gravierende Wettbewerbsverzerrung. Dabei gibt es längst innovative Vorschläge, wie eine Öffnung des Einzelhandels mit wirkungsvollen Schutzmaßnahmen flankiert werden kann. Zuletzt haben große Handelsunternehmen ein Sieben-Punkte-Konzept vorgestellt, das eine sichere Öffnung unterstützen würden (Handelsblatt vom 01.03.2021, S. 1). Dazu gehören unter anderem die lückenlose Kontaktnachverfolgung mit einer App, Zugangsbeschränkungen, Abstandsregelungen und strikte Kontrollen. Darüber hinaus haben verschiedene Studien gezeigt, dass die Infektionsgefahr im Handel sehr niedrig ist. Die Mitarbeiter im Einzelhandel haben sogar ein signifikant niedrigeres Infektionsrisiko als die Durchschnittsbevölkerung.

Am härtesten trifft der Lockdown die kleinen und inhabergeführten Betriebe. Die Fixkostenerstattung greift zu kurz und viele Familien haben bereits sämtliche Rücklagen und

ihre Altersversorgung aufgezehrt. Hierbei trifft sie die fehlende Planungssicherheit extrem, da Öffnungen nicht in Sicht sind und am Ende alles Durchhalten umsonst gewesen sein könnte. Viele Händler hatten zu Beginn noch Verständnis für die Maßnahmen, verlieren aber im Endlos-Lockdown ohne Hoffnung auf ein Licht am Ende des Tunnels zunehmend die Geduld.

Selbst Verbesserungen an den Überbrückungshilfen, wie die Zulassung von Teilwertabschreibungen als Fixkosten, greifen zu kurz, da das eigentliche Problem, das bestehende Berufsverbot, nicht behoben wird. Um ein Ladensterben und eine Verödung der Innenstädte und Ortskerne sowie die mit einer Insolvenzwelle einhergehenden unabsehbaren Arbeitsplatzverluste zu verhindern, muss die Staatsregierung unverzüglich die Öffnung des Einzelhandels einleiten.

Gerade der Fachhandel hat auch bei einer Öffnungsperspektive das Problem, dass der komplette Markt weggebrochen ist. Sportgeschäfte etwa können ihre Ware aktuell weder im Laden noch online verkaufen, da die Ausübung von Gruppen- und Einzelsport nach wie vor untersagt ist. Bei einer Öffnung des Handels sollte eine Perspektive für Gastronomie, Messewesen, Sport und Kultur daher entsprechend mitgedacht werden. Die FDP-Fraktion im Landtag hat dazu unter dem Stichwort „Freiheitsstrategie 2021“ bereits vor Wochen einen Stufenplan vorgelegt. Die Ministerpräsidentenkonferenz legt mit ihrem jüngsten Beschluss einen Quasi-Stufenplan vor, der allerdings viel zu restriktiv ist. Bayern benötigt jetzt zügig eine echte Öffnungsperspektive für eine Normalisierung des öffentlichen Lebens. Die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land haben einen Anspruch darauf, dass die Politik eine Exit-Strategie entwickelt und auch kommuniziert, anstatt sich von Datum zu Datum zu hangeln.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Albert Duin

Abg. Franz Bergmüller

Abg. Walter Nussel

Abg. Markus Plenk

Abg. Volkmar Halbleib

Abg. Barbara Fuchs

Abg. Manfred Eibl

Abg. Klaus Adelt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)

**Unternehmen und Arbeitsplätze retten: Einzelhandel sofort öffnen
(Drs. 18/14244)**

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)

Bayerische Wirtschaft retten - Einzelhandel, Gastgewerbe, Sportstätten, Kultureinrichtungen und Schulen öffnen! (Drs. 18/14262)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile dem Herrn Kollegen Albert Duin das Wort.

Albert Duin (FDP): Verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der letzten Woche habe ich den Antrag gestellt, die Außengastronomie zu öffnen. Er ist abgelehnt worden. Gestern haben wir die Ergebnisse der Ministerpräsidentenkonferenz gehört. Ganz ehrlich, die sind eine Katastrophe. Alle reden sich den Zeitplan – 100, 50, 35 – schön. Wo gibt es denn tatsächlich vermehrt Inzidenzen? Ist das eher in der Gruppe der Jugendlichen oder eher bei den Älteren der Fall? Wie hoch ist die Belegung der Krankenhäuser, wie hoch die Sterblichkeit? Alles das müsste herausgefunden und einbezogen werden. Aber gestern wurde reine Rechenschieberei betrieben.

Wenn wir so weitermachen, sind wir Ende März noch nicht offen, und wenn es nach Prof. Lauterbach geht, wird es Ende Mai, soweit ich das gestern Abend bei RTL gehört habe. Er schätzt, dass wir bis dahin wieder aufmachen werden. Das kann natürlich nicht richtig sein.

Einziger Zweck dieser Ministerpräsidentenkonferenz und der Herausgabe der Ergebnisse ist es doch, die Leute ruhigzustellen. Aber die Leute haben keine Lust mehr.

Dann lese ich, dass die Stimmung sinkt – vor allem bei den Politikern. Das ist ja wohl ein Treppenwitz! Damit kann ich überhaupt nicht umgehen.

Wo wollen wir denn mit den Inzidenzen unter 50 überhaupt hin? Wir wollen jetzt Mas-sentests für den Zutritt zu Einzelhandelsgeschäften durchführen. Was ist denn mit den Läden, die bisher schon offen hatten? Muss dort in Zukunft auch getestet werden, beim Bäcker, bei der Tankstelle, beim Lebensmittelladen? Gibt es einen Unterschied zwischen Läden, in die man nur mit einer Testung hineinkommt, und Läden, für die nicht getestet wird? Das ergibt doch wirklich keinen Sinn.

Ich verstehe ja, dass es Tests geben soll. Aber dann muss das auch organisiert werden. Wenn ich es richtig gehört habe, gibt es nicht genug Tests. Und ob ich mich auf den Eigentest zu Hause hundertprozentig verlassen kann, weiß ich auch nicht.

Dann also Einkauf mit Terminvorgabe. Leute, das kostet doch mehr Personal und Aufwand, als es Umsatz bringt. Das hat doch überhaupt keinen Sinn. Es macht den Leuten Hoffnung. Das ist aber auch alles. In erster Linie verursacht es Kosten.

Die Lösung soll also immer wieder der Lockdown sein. Der Lockdown kostete die Handelsunternehmen alleine vom 8. bis zum 28. März rund 10 Milliarden Euro Umsatz. Von diesem Umsatz lebt eine ganze Menge Leute. Es hängen auch Arbeitsplätze daran. 330.000 Beschäftigte und 40.000 Auszubildende sind in diesem Gewerbe tätig, die alle im Moment keine Hoffnung haben und denen man jetzt etwas zu geben versucht.

Da höre ich immer von Hilfgeldern. Allein das ist schon kritisch für mich. Das sind Entschädigungsgelder. Mit Hilfe hat das nichts zu tun. Die Leute haben diese Gelder verdient. Sie können nichts dafür, dass die Läden zugemacht worden sind.

Alle Quellen sagen, dass die Inzidenzen und die Ansteckung im Handel äußerst gering sind. Meistens kommt es im privaten Bereich zu Ansteckungen. Das sollte man heranziehen.

Wir opfern, ohne dass ich das nachvollziehen kann, eine Kernbranche der Innenstädte, und die Innenstädte veröden und sterben aus, wenn wir nicht endlich zeitnah mit der Öffnung aller Geschäfte anfangen – unter Einhaltung der Hygiene- und Abstandsregeln; das ist richtig.

Es ist schon so: Unsere Politiker gehen ihren Weg, und wir stolpern hinterher. Wir müssen unbedingt etwas tun, damit der Einzelhandel wieder aufmacht. Ich bitte um Zustimmung und danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke, Herr Abgeordneter. – Nächster Redner: Franz Bergmüller, AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich hat Albert schon eine kleine Abrechnung vorgetragen und sich auch noch das, was heute Mittag in der Pressekonferenz zur Vorbereitung der heutigen Sitzung gesagt wurde, zu Gemüte geführt. Aber euer Antrag, liebe FDP, ist zu kurz gesprungen. So, wie du geredet hast, Albert, müsstest du eigentlich unseren Antrag unterstützen.

Aber ich nehme an, dass du das wieder nicht tun wirst. Deswegen lehnen wir euren Antrag auch ab, auch weil das zu kurz gesprungen ist. – Dass ich "deswegen" gesagt habe, war süffisant gemeint.

(Zuruf)

Richtigerweise steht in eurem Antrag: "Der Einzelhandel prägt gemeinsam mit der Gastronomie die Innenstädte und Ortskerne". – Genau deswegen brauchen wir eine ganzheitliche Öffnung. Viele Geschäftsinhaber sagen mir: In der Innenstadt – in Rosenheim genauso wie in München und überall – können wir nicht isoliert aufmachen,

weil ohne Gastronomie auch der Einzelhandel nicht läuft. Kultur spielt auch eine Rolle, und zum Sport und den Schulen gibt es natürlich noch eine ganz andere Meinung. Darauf komme ich später noch.

Wir brauchen eine echte Öffnungsperspektive. Alles steht unter der Überschrift der Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen. Richtigerweise wurde das von dir schon erwähnt.

Der Handelsverband Deutschland warnt intensiv: Es ist fünf vor zwölf oder für einige schon nach zwölf. Der DEHOGA kritisiert die Maßnahmen von heute und gestern, die ja unisono dieselben sind, genauso wie Kulturschaffende, Schüler und Eltern. Alle jammern über die Perspektivlosigkeit. Der monatelange Lockdown ist nicht mehr verhältnismäßig. Das sage nicht ich allein, sondern das sagt auch der HDE-Hauptgeschäftsführer Stefan Genth.

Zur Situation im Einzelhandel: Im Einzelhandel gibt es keine erhöhte Infektionsgefahr, sagen die Berufsgenossenschaften und die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, Stand Februar, jetzt, ganz aktuell. Der Grund dafür sind Schutzmaßnahmen und die nur kurze Kontaktdauer. Eine frühere Studie sagt, dass es auch für Beschäftigte kein erhöhtes Infektionsrisiko gibt.

Jetzt wird ja groß das "Click and Meet" gepriesen, zwischen Inzidenzwerten von 50 und 100. Diese neudeutschen Begriffe! Wisst ihr, wo die Leute das machen? – Das machen sie im Internet. Der Onlinehandel brummt bis zum Geht-nicht-mehr, und die Innenstädte veröden! Das sind die Fakten, die jetzt eine Rolle spielen. Für den Handelsverband Deutschland ist das kein deutlicher Schritt hin zu der lange überfälligen Öffnungsstrategie. Für die allermeisten Geschäfte sind dabei die Personal- und Betriebskosten höher als die Umsätze.

Der Hauptgeschäftsführer des Handelsverbands Bayern sagt:

Die Händler werden ohne Perspektive und finanzielle Hilfen alleine gelassen. Frust, Existenzängste, Verzweiflung und Wut auf die Politik nehmen dramatisch zu. Wir haben es satt, immer nur salbungsvolle Worte zu hören. Wenn wir schon keine Finanzhilfen bekommen [...]

Oder zu wenige – darüber habe ich schon letztes Mal referiert. Denn von 80 Milliarden Euro, die in den Haushalten zur Verfügung gestellt werden, sind nur 22 Milliarden überhaupt angefordert und beantragt.

"Click and Meet" ist nicht ausreichend. Der Aufwand steht nicht im Verhältnis zu den Einnahmen. Es herrschen große Enttäuschung und Unverständnis. Das Ergebnis ist keine zeitnahe Öffnungsperspektive. – Das steht in der Pressemitteilung des Handelsverbands Deutschland.

Sehr verehrte Damen und Herren, das ist der Zettel, den alle kapiere sollen, über die Inzidenzwerte.

(Der Redner hält ein Papier hoch)

Wir haben heute am Mittagstisch darüber diskutiert. Er ist ja gestern Abend schon vom Oberbürgermeister oder Regierenden Bürgermeister Müller groß herumgereicht worden. Auch der Ministerpräsident ist darauf eingegangen.

Glaubt ihr denn wirklich, dass in dem Wirrwarr, wer wann zu testen hat – – Ja, wir werden es versuchen. Ich habe es heute mit meinem Sohn besprochen, dass wir das vielleicht zum 22.03. versuchen, sollte die Inzidenz dann stabil zwischen 50 und 100 sein.

Dazu kommt dann noch so eine Absurdität: die Regionalität. Im Landkreis Rosenheim haben wir mal 92, mal 96 als Inzidenzwert, im Landkreis München ist der Wert zurzeit relativ niedrig. Da geht man dann in Rosenheim ins Gartencenter. Die Kinder haben diese Woche eine Mitteilung von der Grundschule bekommen: Nehmt mal alles wieder mit. Es kann sein, dass wir in zwei Tagen oder sogar morgen schon wieder schließen müssen, nach einem Tag Karenzzeit, weil der Inzidenzwert in Rosenheim über 100

geht. Wisst ihr, was ihr den Eltern, die das daheim organisieren müssen, antut? – Da müssen die Großeltern herhalten. Das habe ich letztes Mal schon erzählt.

(Beifall bei der AfD)

Fakt ist, dass der Tourismus- und Wirtschaftsminister Aiwanger heute Mittag in der Pressekonferenz gesagt hat, dass er überwiegend zufrieden ist. Ja, wie klein macht sich denn der Aiwanger mittlerweile? Wie klein ist er denn geworden? Wie stark ist er denn vom großen Meister Söder an die Wand gedrückt worden?

Tourismus: Die Hoffnung stirbt zuletzt. Am 22.03.! Glaubt denn einer, dass er am 22.03. irgendwas für die Hotellerie und Gastronomie machen kann? – Wenn man hochrechnet, wie sich die Inzidenzwerte im Winter oder im Frühjahr entwickeln? – Meine Stieftochter ist Ärztin. Mit der unterhalte ich mich gelegentlich. Das sind ganz normale Wellen, die hier kommen. Auch Corona folgt dem üblichen Schema der Grippe-Wellen. Die sind in dieser Jahreszeit stärker ausgeprägt.

Und dann kommt natürlich diese britische Mutante. Auch dazu haben zahlreiche Wissenschaftler gesagt: Mutationen sind schon x-mal erfolgt. Es wird aber prognostiziert, dass die ganze Familie krank wird. Das war Originalton Söder heute in der Pressekonferenz. Sie wird aber nur infiziert. Das ist ein Riesenunterschied! Zu der Auslastung der Intensivbetten, die ich in der vorherigen Rede schon erwähnt habe: 450 Betten sind belegt, hat der Herr Aiwanger gesagt. Ich habe ihn zitiert.

Alles hängt von den Inzidenzwerten ab. Daten vor Datum, hat der Herr Ministerpräsident gesagt. Und dann wieder zurück zum Lockdown. Vorsicht, Ausgangssperren, Notbremse – an dem hat er sich festgekrallt –, Vertrauen – ich sage, das schmilzt dahin; die Umfragewerte bestätigen das. Ich glaube, dass es an der Basis noch ganz anders ausschaut, und das bekommen Sie in Ihren Stimmkreisen mit, liebe Abgeordnete.

Die Bürger werden in die Verantwortung genommen. Sie werden ermahnt, sich richtig, sich korrekt zu verhalten. Sonst gibt es keinen Osterurlaub. Den haben die meisten eh schon abgehakt. Aber dann sollten sie wenigsten daheim einen Kaffee trinken können, und zwar unter vernünftigen Bedingungen und nicht unter Bedingungen der Voranmeldung etc. Wenn es regnet, geht sowieso nichts. Also, wenn Ostern verregnet ist, dann ist es vorbei. Ansonsten kommt der Oster-Lockdown.

Wissen Sie eigentlich, wie das Arbeitgeber und Arbeitnehmer organisieren sollen? Wenn man einen Biergartenbetrieb hat? Mit Voranmeldung, mit Corona-Test-Kontrolle etc.? Ich glaube, das ist alles absurd, und so können wir nicht weiterarbeiten. Wir müssen das Geld wieder selber verdienen können, und zwar in allen Branchen: vom Solo-Künstler über die Kultur, und wir müssen natürlich auch die Schulen öffnen, damit die Kinder wieder glücklich sind. Die Inzidenzwerte dürfen nicht der alleinige Maßstab sein, sondern wichtig sind auch die Mortalitätsrate und die Intensivbettenauslastung, und die lassen die Öffnungen absolut zu. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke, Herr Abgeordneter. – Die nächste Wortmeldung stammt von der CSU-Fraktion. Herr Walter Nussel, bitte.

Walter Nussel (CSU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde gleich auf meine Vorredner eingehen. Herr Bergmüller, ich denke, das Geld selber verdienen, das wollen wir alle, die wir hier sitzen, unabhängig davon, ob wir in der Regierungspartei sind oder in der Opposition. Das wäre unser Wunsch, wenn die Rahmenbedingungen das zulassen. Dem ist aber nicht so. Ich höre von Ihnen jetzt hier seit über einem Jahr Vorträge, aber keinerlei Konzepte, wie wir dem Thema Coronavirus entgegentreten können.

Den Vorwurf der Perspektivlosigkeit möchte ich in aller Deutlichkeit zurückweisen. Denn das, was hier von der Staatsregierung geleistet wird, von allen, die da mitarbeiten, sucht schon seinesgleichen. Da kann man nicht davon sprechen – so, wie Sie das

hinstellen –, dass wir null Perspektiven hätten. Lassen Sie mich auch dazu kommen, dass Sie sagen, wir müssen den Tourismus öffnen. Das haben Nachbarländer ja vorgemacht. Und dann? – Mayrhofen ist komplett gesperrt. Da kann jetzt keiner mehr rein- oder rausfahren, weil sie zu früh aufgemacht haben. Das ist die Wahrheit. Das muss man doch auch einmal sehen. Man kann nicht einfach sagen: Ich mache jetzt alles auf, wir wollen das Geld selber verdienen. Denn dann haben wir eine Situation wie in Österreich oder in Südtirol. Das wollen wir hier nicht. Deswegen müssen wir mit Kopf und Verstand unsere Perspektive, unsere Konzepte letztendlich in aller Ruhe durchführen.

Ich denke, jeder hier im Raum bekommt in seinem Stimmkreis und in seiner Verantwortung die Forderungen vorgetragen: Bei uns und bei uns müsst ihr sofort aufmachen! Die Wertung, wo und wie zuerst aufgemacht werden soll, ist nicht einfach. Wir haben – das wird von den Vorrednern immer vergessen – eine Sondersituation. Ich habe das selbst letzte Woche bei mir im Stadtrat erlebt: Zwei Drittel des Stadtrats wollten, als es um ein Impfzentrum ging, nicht wahrhaben, dass wir in einer Pandemie und in einem Katastrophenfall sind. Das musste ich denen erst einmal erläutern, dass das eine außernormale Zeit ist, die man nicht mit einem Hochwasser oder einem Sturm vergleichen kann, wo in der betreffenden Region nach 14 Tagen oder vier Wochen alles vorbei ist. Wir haben ganz andere Zustände.

Zur FDP: Herr Kollege Duin, an das Thema Testen – und wie wir das mit dem Testen machen – müssen wir uns rantasten. Das ist genauso, wie es mit den Masken war. Auch von eurer Seite ist gesagt worden: Das funktioniert nicht, das geht nicht. – Der Ministerpräsident hat das voll durchgezogen. Und heute? – Heute bewegen wir uns alle mit Masken. Das ist, bis wir geimpft sind, eins der wichtigsten Dinge: Wir müssen hier Vorsorge treffen. Das muss man einfach mal klar und deutlich sagen.

Zur Außengastronomie: Auch das ist ein Thema, dessen wir uns angenommen haben und das wir jetzt auch vertiefen werden. Leute, aber auch hier: Maß und Ziel! Wir können jetzt nicht alles aufmachen. Dann haben wir die genannten Situationen wie in an-

deren Ländern. Dann müssen wir alles schließen. Das wäre die Katastrophe schlechthin.

Letzte Woche konnte man es sich im Wirtschaftsausschuss anhören. Der Geschäftsführer der IHK, Herr Dr. Gößl, hat das alles auf den Punkt vorgetragen. Sie haben das Hilfgelder genannt oder Überbrückungshilfen. Wie auch immer wir das nennen: Wichtig ist, dass wir das zusammen mit den Institutionen und mit unseren Ministerien abarbeiten. Das ist natürlich nicht einfach, denn das ist nicht nur Ländersache, das ist auch Bundessache. Wir müssen da gemeinschaftlich Lösungen suchen, finden und dann auch umsetzen.

An die FDP gerichtet: Ich möchte das hier heute einfach auch einmal in eigener Sache sagen. Die FDP sagt, sie wolle den Landesbeauftragten für Bürokratieabbau abschaffen. Sie suchen nie das Gespräch mit mir. Ich habe drei- oder viermal ein Gespräch angeboten. Gleichzeitig kommen Sie aber, wenn irgendwo im Ordnungsrecht ein Fehler passiert. Dann legen Sie dort den Finger hinein und sagen: Das hättet ihr schon regeln müssen.

Wir brauchen also auf der einen Seite Bürokratie, damit das mit den Überbrückungshilfen und den Geldern, die wir auszahlen, funktioniert. Auf der anderen Seite soll das aber unbürokratisch funktionieren und trotzdem ordnungsrechtlich in Ordnung sein. Diesen Spagat müssen wir hier verantwortungsvoll meistern und das auf den Weg bringen.

Ich möchte deshalb ausdrücklich dafür werben, dass wir hier auf dem richtigen Weg bleiben. Gleichwohl wird es immer jemanden geben, der sagt, er sei benachteiligt, und fragt, warum er nicht aufmachen darf. Das betrifft auch Regionen, wenn es jetzt mit den Inzidenzwerten so kommt, wie es heute vorgestellt wurde. Ich möchte da für die morgige Diskussion nicht alles vorwegnehmen.

Zu glauben, den Handel jetzt komplett öffnen zu können, ohne auf die Zahlen zu blicken und ohne Regionalbezug, würde das, was wir im letzten Jahr gemacht haben,

größtenteils obsolet machen. Wir würden da viele Menschen in ihrer Existenz noch schlimmer treffen.

Deswegen sollten wir die Hygienekonzepte mit Kopf und Verstand machen. Wir haben da vieles getan und sind immer noch dabei. Ich mache laufend Praxis-Checks, um herauszuarbeiten, wo man mit welchen Maßnahmen was öffnen kann. Das wird dann wieder an die Virologen, an das Gesundheitsministerium und die sonstigen zuständigen Ministerien zurückgespiegelt, damit wir hier nicht nur die bestmöglichen Argumente, sondern auch die bestmöglichen Vorgehensweisen haben, um den Handel wirtschaftlich auch wieder zum Laufen zu bringen. Wir machen das, damit die Leute wieder einkaufen können und wieder in Lohn und Brot kommen.

Jetzt wäre es ganz kontraproduktiv, wenn wir öffnen – das treibt mich selber um, wie wir das machen können –, die Leute im Einzelhandel jetzt ihre Läden bestücken würden, fünf Tage später aber wieder zumachen müssten, weil die Inzidenzen hochfahren. Dann würde es noch schlimmer. Einzelne fragen mich, ob sie jetzt aufmachen oder noch warten sollen. Das ist ein Thema, an das wir uns herantasten müssen.

Ich möchte aber an Sie alle appellieren: Wir müssen besser darauf schauen, wie sich die Bevölkerung draußen – im öffentlichen Bereich, in unseren Kommunen oder im Handel – bewegt. Die Läden für Nahrungsmittel sind ja geöffnet. Wir müssen da drauf schauen und sagen, wenn was nicht stimmt, wenn man zu nahe beieinander ist oder es zu viele Menschen sind. Dem müssen wir entgegenwirken. Dann können wir die anderen auch wieder mitkommen lassen.

Wir werden beide Anträge ablehnen, denn so, wie das dargestellt wurde, können wir nicht zustimmen.

Ich möchte ausdrücklich dafür werben, dass das, was hier vor allem von den zuständigen Ministerien, von der Staatsregierung und auch von uns allen – von jedem in seinem Bereich –, von den Verbänden und Institutionen geleistet wird, nicht schlechtgeredet wird. Heute hatte ich wieder Telefonate wegen der Testungen, wie man diese auf

den Weg bringen, wie man diese machen kann, wie man die Notwendigkeit dazu rüberbringt, damit es die Menschen verstehen. Gehen wir den Weg gemeinsam!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Wir haben jetzt vier Zwischenbemerkungen. Die erste Zwischenbemerkung kommt von Albert Duin. Bitte.

Albert Duin (FDP): Lieber Kollege Walter Nussel, lieber Walter, ich war auch beim Informationsgespräch mit dem Vertreter der IHK, Herrn Dr. Gößl, anwesend. Aber scheinbar war ich bei einer anderen Veranstaltung als du, oder ich habe etwas anderes rausgehört bei den Forderungen, wie man öffnen soll. Der Druck war schon ziemlich groß.

Vor einem Jahr hat die FDP Masken für alle gefordert. Damals habt ihr es noch abgelehnt. Heute seid ihr stolz auf die Leistung der Staatsregierung. Aber es sind doch wohl die Menschen draußen, die etwas leisten, nämlich das Ganze mitzumachen. Ich finde es schon wichtig, dass man das mal zeigt.

Das Vertrauen in die Menschen scheint bei euch wirklich total zerrüttet zu sein. Der Einzelhandel, Blumenläden usw., darf sporadisch öffnen. Eine andere Branche nicht. Der Lebensmittelladen verkauft heutzutage alles. Die Tankstelle verkauft alles. Dann wollt ihr den Fachhandel, bei dem es viel besser wäre, einfach geschlossen lassen, weil er im Moment gerade geschlossen ist und er besser geschlossen gehalten werden kann, als ihn später wieder zu schließen. – Danke, aber das ist nicht meine Art, den Leuten draußen zu erklären, wie Politik funktioniert: nur die eigene Regierung loben und sonst nichts zulassen.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ihre Redezeit ist zu Ende. – Bitte, Herr Abgeordneter.

Walter Nussel (CSU): Es wird so dargestellt, als ob das Willkür wäre, welche Läden, welche Branchen geschlossen bleiben oder öffnen. Das ist weder Willkür noch Bos-

haftigkeit, sondern wir tasten uns jetzt ran, wo wir was aufmachen können. Wir haben nach der ersten Welle erlebt, wie die Dinge fortgelaufen sind und wie die Zahlen nach oben geschossen sind.

(Zuruf)

Zum Thema letzte Woche. Wir waren beide bei derselben Veranstaltung. Ich habe mich in meiner Rede auf das Thema der Überbrückungshilfen bezogen. Dass die IHK gefordert hat, mehr aufzumachen, liegt in der Sache. Das ist klar. Aber die Verantwortung liegt auch hier bei der Staatsregierung, dass wir für Sicherheit und Ordnung und vor allem dafür sorgen, dass wir die Hygienekonzepte so durchführen können, dass wir so wenig Ansteckungsgefahr wie möglich haben.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke. – Die nächste Intervention kommt vom Abgeordneten Bergmüller. Bitte schön.

Franz Bergmüller (AfD): Zunächst einmal ist die erste Welle ein wenig anders abgelaufen, als Sie das gerade dargestellt haben. Die Außengastronomie ist relativ zügig nach dem 18. Mai 2020 aufgemacht worden. Ab 1. Juni 2020 ist das meiste offen gewesen, und es gab keine Irritationen. Ich zitiere das RKI vom August 2020: 0,53 % der Infektionen finden im Gastgewerbe statt. – Das ist alles nachlesbar. Dann habe ich im Parlament gefragt: Wo sehen Sie denn dann die Öffnungsperspektive für die Hotellerie und das Gastgewerbe im Innenbereich? Wollen Sie die Inzidenzwerte, die Sie von Ihrem Ministerpräsidenten vorgegeben bekommen haben, heranziehen? Das sehen Sie als Wirtschaftsvertreter genauso?

Als Letztes noch ergänzend zu Herrn Duin. Es geht schon auch um Verhältnismäßigkeit und um gleiche Maßstäbe. Im Facheinzelhandel werden die Quadratmeterzahlen eingehalten, während es in den Supermärkten, wo ich dasselbe zu kaufen bekomme, richtig zugeht. Wie erklären Sie das dem Facheinzelhandel? An welchem Parameter machen sie das fest?

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bitte, Herr Abgeordneter.

Walter Nussel (CSU): Die Diskussion, an welchem Parameter man was genau festmacht, werden wir heute nicht zu Ende führen können. Wir wissen aber, dass die Zahlen wieder steigen können – das erleben wir landauf, landab und weltweit –, wenn Einrichtungen wieder geöffnet werden. In manchen Ländern waren die Inzidenzen ganz unten und sind dann auf über 1.500 hinaufgeschossen, weil dort geöffnet wurde. Wir wurden gefragt, warum wir das nicht machen. Wir sind einen anderen Weg gegangen, der auch nach wie vor gut ist. Ich bin dafür, dass wir die Wirtschaften so schnell wie möglich unter Einhaltung von Hygienemaßnahmen öffnen, wenn die Infektionszahlen und das Krankheitsbild es zulassen. Der Ministerpräsident spricht zwar von der ganzen Familie, aber ich möchte weder infiziert werden, noch möchte ich krank werden. Ich möchte, dass wir alle versuchen, die Zahlen so weit unten zu halten, dass wir die Wirtschaften wieder öffnen können und dass das normale Leben wieder stattfinden kann. Jetzt müssen wir schauen, wie wir das Testen und das Impfen schnellstmöglich und bestmöglich gemeinschaftlich hinbekommen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Die nächste Zwischenbemerkung kommt von Herrn Markus Plenk. Bitte.

Markus Plenk (fraktionslos): Herr Nussel, Staatsminister Herrmann hat bei der vorletzten Fragestunde ausgeführt, dass die Staatsregierung immer noch nicht weiß, wo Infektionen schwerpunktmäßig stattfinden. Ich halte das für ein sehr großes Versäumnis der Staatsregierung. Sie setzen meines Erachtens die falschen Schwerpunkte. Oft löschen Sie dort, wo es gar nicht brennt. Dort, wo es lichterloh brennt, macht man aber zu wenig. Als Beispiel nenne ich Alten- und Pflegeheime. Irgendeinen Grund muss es doch dafür geben, dass seit November in Spanien gemessen an der Bevölkerungszahl weniger als halb so viele Menschen an COVID-19 verstorben sind wie in Bayern.

Walter Nussel (CSU): Herr Kollege, wir haben nicht nur einen punktuellen Brand, wir haben seit über einem Jahr einen Flächenbrand. Als ehemaliger Feuerwehrkommandant kann ich Ihnen sagen: Wenn ich eine so massive Katastrophe vor mir habe, darf ich nicht nur punktuell löschen, sondern dann muss ich richtig massiv vorgehen. Das haben wir gemacht, da sind wir auch noch dabei. So muss man es jetzt abarbeiten. Ich hoffe, dass Sie diesen Weg weiter mitgehen. Herr Kollege Arnold will die Maßnahmen ins Lächerliche ziehen. Wer sich damit beschäftigt, wie man mit Katastrophen umgeht – und da spreche ich jetzt nicht nur von Corona, sondern auch von anderen Themen –, der weiß, dass man massiv vorgehen muss.

(Horst Arnold (SPD): Wir sind keine Feuerwehr, wir sind ein Parlament!)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke. – Schließlich noch eine Zwischenbemerkung vom Abgeordneten Halbleib.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Kollege Nussel, ich war heute vom Oberbürgermeister der Stadt Würzburg zu einer Videoschaltung mit der IHK, den Verbänden, Stadträten und regionalen Einkaufs- und Werbegemeinschaften eingeladen. Dort wurde es durchaus etwas differenzierter gesehen, um es vorsichtig zu sagen, ob Öffnungen und Nichtöffnungen nachvollziehbar sind. Da muss noch deutlich nachgearbeitet werden. Das als erste Rückmeldung.

Ich will aber auf das hinaus, was mich wirklich umtreibt, weil ich es nicht beantworten konnte. Was ist eine stabile Inzidenz? – Die Stadt Würzburg hat im Augenblick eine 7-Tage-Inzidenz von 46. Ist das stabil? In den letzten Tagen ging es nämlich leicht nach oben. Wir waren aber in den letzten Wochen stabil unter 50. Deshalb bitte ich dringend um Interpretation dessen, was eine stabile Inzidenz ist. Ist das eine leicht ansteigende Inzidenz, die aber trotzdem unter 50 oder 100 bleibt, je nachdem, welchen Schwellenwert aus dem Beschluss der Staatsregierung ich nehme? Das ist, glaube ich, ein wichtiger Punkt, der geklärt werden muss. Vielleicht können Sie sich auch mit

Ihren Möglichkeiten daran beteiligen, dass wir eine unmittelbare Rückmeldung bekommen.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Die Redezeit ist zu Ende.

Volkmar Halbleib (SPD): Das ist ein Problem, das wir, glaube ich, gemeinsam angehen müssen.

Walter Nussel (CSU): Kollege Halbleib, die Frage ist berechtigt. Der Ministerpräsident und die Staatsregierung haben es schon oft angesprochen, ob eine stabile Inzidenz bei 40, 50 oder 60 liegt. Irgendwo in diesem Bereich werden wir uns bewegen müssen, damit wir die Nachverfolgung auch weiterhin schnellstmöglich im Griff haben, so dass die Ansteckung nicht weiter überspringt und wir nicht einen noch größeren Flächenbrand bekommen. Nageln Sie mich bitte nicht fest, ob die Zahl 35, 50 oder 100 die genau richtige ist. Irgendwo in dem Bereich müssen wir uns bewegen. Ab einem gewissen Punkt – und ich glaube, das ist ab 100 – rennen uns die Zahlen so davon, dass eine Nachverfolgung überhaupt nicht mehr möglich ist. Dann haben wir eine noch größere Katastrophe.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke, Herr Abgeordneter. Es gibt keine weitere Zwischenbemerkung mehr. – Als nächste Rednerin rufe ich die Abgeordnete Barbara Fuchs vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf.

Barbara Fuchs (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Für den Einzelhandel, für die Wirtschaft, für die Pflegenden, für die Eltern, für die Kinder, einfach für alle ist es eine wirklich elende Situation. Es ist in jeder Hinsicht ein Elend. Wir sind schon der Meinung, dass Impfen, Testen, Auszahlen von Hilfen und Nachverfolgen von Infektionsketten nicht so ablaufen, wie wir es gerne hätten. Definitiv nicht! Es läuft wirklich noch nicht gut.

Die Konsequenz kann aber nicht sein, jetzt alles blindlings zu öffnen. Wir haben schon bei dem, was jetzt möglich wird, mehr als Bauchschmerzen. Die dritte Welle wird schon gesehen und vorhergesagt. Trotz der schwierigen Situation im Einzelhandel und in der Wirtschaft insgesamt kann die Konsequenz nicht sein, es zu riskieren, dass noch mehr Menschen krank werden und noch mehr Menschen sterben.

Wir GRÜNE haben eine ganz klare Prioritätenliste. Die oberste Priorität haben für uns die Kinder und die Jugendlichen. Schule, Sport, die Möglichkeit, dass Kinder andere Kinder treffen, und Bildung haben für uns oberste Priorität. Im Hinblick darauf müssen entsprechende Regelungen getroffen werden, egal ob es das Testen, das Impfen, die Schutzmasken, die Luftfilteranlagen oder die Desinfektionsmittel betrifft. Vor allem muss die Nachverfolgung gewährleistet sein. Das muss für uns an erster Stelle stehen.

Wir sehen aber das Elend in der Wirtschaft und im Einzelhandel. Wir wünschen uns, dass wir vom Rantasten, wie es der Kollege gerade gesagt hat, zum konkreten Umsetzen kommen und dass wir jetzt professioneller, schneller und zielgerichteter das tun, was wir zu tun haben. Wir sind auch der Meinung, dass wir diese Schritte gehen müssen, aber nicht auf Kosten der Gesundheit oder gar auf Kosten des Lebens anderer Menschen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Frau Fuchs. – Als nächsten Redner rufe ich den Abgeordneten Manfred Eibl von der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Verehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Forderung der FDP, dass der Einzelhandel Innenstädte und Ortskerne prägen muss, tragen wir mit. Bayern benötigt Öffnungsperspektiven – diese Forderung tragen wir mit. Der Aufforderung, unverzüglich mit einer Vorlaufzeit von drei Tagen den

kompletten Einzelhandel ab einer Inzidenz von weniger als 100 zu öffnen, ohne Schutzkonzepte darlegen zu müssen, können wir nicht folgen.

(Zuruf: AHA-Regeln!)

Wir FREIE WÄHLER stehen für einen verantwortungsbewussten und nachhaltigen Exit aus dem Lockdown. Wir brauchen aber eine klare Öffnungsstrategie. Dies wurde von den FREIEN WÄHLERN mit dem Bayernplan fachlich, sachlich und inhaltlich dargelegt. Unser Leitsatz lautet: Umsicht, Vorsicht und Zuversicht, zurück zur Normalität und zur Freiheit.

Im Rahmen der gestrigen Ministerpräsidentenkonferenz mit der Kanzlerin sowie des heutigen Kabinetts wurde ein Stufenplan beschlossen, der Erleichterungen bringen wird. Jedoch bedeutet dies, dass 20 Städte und Landkreise keinerlei Erleichterungen erfahren werden.

Wir FREIE WÄHLER haben aber ganz Bayern im Blick. Speziell die Grenzlandkreise und Städte Richtung Tschechien und Österreich sind durch hohe Inzidenzen größer 100 weiter schwer von der Pandemie betroffen. Dies liegt nicht nur an den Menschen vor Ort.

Ziel muss es sein, sich diesen Herausforderungen noch intensiver zu widmen und mit intelligenten Maßnahmen darauf zu reagieren, um einen Dauerlockdown in diesen Regionen zu verhindern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Aus diesem Grunde ist es notwendig, eine umfassende und zielgenaue Impf- und Teststrategie für die betroffenen Regionen, sprich Landkreise und Städte, zeitnah umzusetzen.

Testen, Öffnen, Infektionen verhindern – das ist unsere Ausrichtung. Schnelltests zeigen an, wer infektiös ist, und bieten Schutz für einen selber wie auch für den Nach-

barn. Dies bedeutet Sicherheit für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Betrieben und Unternehmen und auch für Kunden und ermöglicht Öffnungen in diversen Branchen. Ich nenne hier vordergründig auch Schulen, Kitas, Einzelhandel, Gastronomie, Hotels und Kultur. Eines ist doch nachvollziehbar: Nur wenn ein Gefühl der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes gewährleistet ist, werden Unternehmen den Zuspruch ihrer Kundinnen und Kunden und ihrer Gäste erfahren. Das heißt, einen Schlüssel zu einer nachhaltigen Öffnungsstrategie sehen wir im flächendeckenden Einsatz von Tests, die in Verbindung mit intensiven Impfungen eine sichere Perspektive für die Zukunft gewährleisten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vor diesem Hintergrund muss sichergestellt werden, dass wir nicht von einem Impfproblem in ein Testproblem schlittern, meine Damen und Herren, sondern jederzeit über Tests in ausreichender Zahl verfügen können, die mit Impfstrategien einhergehen. Unser Leben wird umso freier ausfallen, je besser wir die Infektionsketten nachverfolgen können. Diesbezüglich brauchen wir staatlich finanzierte Testkonzepte und Strategien, da diese deutlich wirtschaftlicher sind als ein langfristiges Zusperrn aller Einrichtungen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das Festhalten an Inzidenzwerten alleine finde ich persönlich nicht zielführend.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

In eine Bewertung müssen nämlich Strategien und vor allem die Betrachtung der Belegung stationärer wie Intensivbetten, Testungen, digitale Möglichkeiten und natürlich auch unsere Masken einfließen. Öffnungen sollen zukünftig auch an Testungen und nicht nur an Inzidenzen gebunden werden. Wer eine gesicherte Teststrategie vorweisen kann, sollte dann auch die Möglichkeit haben, zu öffnen.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Unternehmen wie Audi machen uns das vor.

Den Dringlichkeitsantrag der FDP wie auch den nachgezogenen Antrag der AfD lehnen wir ab. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke. – Wir haben eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Bergmüller. Bitte.

Franz Bergmüller (AfD): Lieber, geschätzter Kollege Manfred Eibl! Zunächst mal stelle ich fest, dass nach unserem Dringlichkeitsantrag sehr wohl unter Einhaltung aller notwendigen Hygienekonzepte geöffnet werden soll. Das sind die bewährten Hygienekonzepte aus der Zeit nach dem letzten Lockdown. Jeder hat sie gelobt, die Politik hat sie in allen Bereichen gelobt. Das stelle ich mal klipp und klar fest.

Ich frage dich, nachdem du selber als ehemaliger Bürgermeister in den Heimatzeitungen eine Lanze für Öffnungen gebrochen hast, wie du dazu stehst. In deiner Aussage ist mehr oder weniger ein Widerspruch. Du sagst, die Bewertung allein anhand von Inzidenzen trägst du nicht mit, es gibt andere Kriterien. Die FREIEN WÄHLER haben aber in der heutigen Kabinettsitzung dem Papier sehr wohl zugestimmt, was dann in der Pressekonferenz bekannt gegeben wurde. Wo siehst du deine Position? Bei deinen Kabinettskollegen, oder hast du deine eigene?

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Die Redezeit ist zu Ende, Herr Bergmüller.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Ich sehe meine Position, lieber Kollege Bergmüller, bei der Fraktion der FREIEN WÄHLER. Wir haben den Bayernplan entwickelt, der genau in dieser Art und Weise vorgeht. Wir alle wissen – das ist wissenschaftlich be-

legt, ich spreche hier nicht von der Zero-COVID-Strategie, sondern von der No-COVID-Strategie –, dass Testen ein Schlüssel zum Erfolg ist. Unter diesen Voraussetzungen können wir Perspektiven für Öffnungen bieten. Das ist unsere Ausrichtung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Klaus Adelt, SPD-Fraktion.

Klaus Adelt (SPD): Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Offensichtlich gibt es ein ungeschriebenes Gesetz im Bayerischen Landtag, das da lautet: Je später der Abend, desto weniger haben die Wortbeiträge mit den vorliegenden Anträgen zu tun.

Im Antrag der FDP steht, Kollege Duin: "Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, unverzüglich mit einer Vorlaufzeit von drei Tagen den kompletten Einzelhandel in Landkreisen mit einer Inzidenz unter 100 mit entsprechenden Schutzmaßnahmen zu öffnen." Dazu will ich Stellung nehmen. Gestern bzw. heute wurde beschlossen, dass bei einer Inzidenz unter 50 die Geschäfte geöffnet werden und dass es unter 100 das System "Click and Meet" gibt. Das ist okay.

Ich teile die Bedenken gegenüber dem Festhalten an Inzidenzwerten. Nach den Werten in den Landkreisen, die ich vertrete – Stadt Hof: 292, Landkreis Hof: 197, Nachbarlandkreis: 317 –, würden unsere Kinder die Schule in diesem Jahr wohl nicht mehr sehen. Ich muss aber auch konstatieren, dass wir im Landkreis eine Einrichtung hatten, in der binnen vier Tagen 40 Personen infiziert wurden, ohne dass der Infektionsherd nachvollziehbar war. Das muss man ebenso sehen. Deshalb muss man genau überlegen, was man macht.

Es kann auch nicht sein, dass wir die nächste Zeit aus den besagten Landkreisen und Städten nach Coburg, Nürnberg oder Regensburg fahren, weil die Inzidenz dort so

niedrig ist, dass die Geschäfte dort alle aufmachen können. Das muss sehr wohl überlegt werden.

Kleine und mittlere Unternehmen sind besonders betroffen. Der Regelung stimme ich vollständig zu. Aber die Forderung, die ihr erhebt, mit einer App alles nachzuvollziehen, kann ich nicht verstehen. Ich kenne ein hervorragendes Konzept in einem Geschäft, in dem die Besucher einen Pager bekommen. Wenn der Pager summt, dann gehen Sie hin, wie bei McDonald's.

(Unruhe)

– Das Wort "Pager" versteht ihr Bayern nicht. – Das funktioniert nicht, weil es die ältere Bevölkerung nicht begreift.

(Unruhe)

Also – Silentium! Ich will meine fünf Minuten nicht gänzlich ausnutzen –, es sind schon viele Bedingungen erfüllt, und man muss noch vieles dazutun. Das sage ich klipp und klar. Beim Antrag der FDP werden wir uns enthalten. Ganz so schlecht ist er nicht – darüber brauchen wir nicht zu reden –, aber super ist er auch nicht.

Zum Antrag der AfD sage ich nur eines: Er ist die Aufforderung an die Bevölkerung zum Corona-Harakiri. Dem werden wir nicht zustimmen; denn ein bedingungsloses Öffnen aller Sportstätten und von allem, was es gibt, halte ich zu diesem Zeitpunkt für höchst fragwürdig.

Eines wünsche ich mir, nämlich dass die Gastronomie baldmöglichst wieder öffnet; dann haben wir endlich wieder einen Stammtisch, wo einige dieser Wortbeiträge eindeutig hingehören. – Herzlichen Dank, ich wünsche Ihnen noch einen schönen Abend, wir haben Zeit gespart.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Ich habe mir gerade überlegt, ob ich eine Zwischenbemerkung machen und Sie fragen soll, was ein Pager ist. Ich habe einen grandiosen Nachbarn hier zu meiner Rechten, der hat's mir erklärt; ich hab's verstanden. Alles in Ordnung! Vielen Dank! Das nächste Mal mache ich das, wenn ich bei euch oben bin.

(Zuruf)

– Das war perfekt.

Verehrte Damen und Herren, weitere Wortmeldungen haben wir nicht. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Die Abstimmung wird nach Rücksprache mit dem Landtagsamt morgen am Ende des Plenums stattfinden. Das macht auch Sinn, weil es thematisch in dieses ganze Umfeld hineinpasst. Sie wissen selber, das dauert zwei, drei Minuten. Das wird uns sicherlich nicht sonderlich aufhalten.

Die Anträge unter der Rangziffer 6 in der Reihenfolge der Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge, nämlich die Drucksachen 18/14245, 18/14263 und 18/14264, werden an den federführenden Ausschuss überwiesen.

Ebenso werden die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/14246 bis 18/14250 und 18/14265 sowie 18/14266 im Anschluss an die heutige Sitzung an den jeweils federführenden Ausschuss überwiesen.

Damit sind wir am Ende der Sitzung angelangt. Ich wünsche einen guten Nachhauseweg. Wir sehen uns spätestens morgen Nachmittag um 13 Uhr wieder. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 21:21 Uhr)



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

Drs. 18/14244

Unternehmen und Arbeitsplätze retten: Einzelhandel sofort öffnen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe auf:

Abstimmung über Dringlichkeitsanträge aus der Plenarsitzung vom 04.03.2021

Über diese beiden Dringlichkeitsanträge konnte in der gestrigen Sitzung aus Zeitgründen nicht mehr abgestimmt werden.

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)

Unternehmen und Arbeitsplätze retten: Einzelhandel sofort öffnen

(Drs. 18/14244)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)

Bayerische Wirtschaft retten - Einzelhandel, Gastgewerbe, Sportstätten, Kultureinrichtungen und Schulen öffnen! (Drs. 18/14262)

Ich lasse zunächst über den Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Unternehmen und Arbeitsplätze retten: Einzelhandel sofort öffnen" auf der Drucksache 18/14244 abstimmen. Wer dem Dringlichkeitsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die FDP-Fraktion und die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Gegenstimmen bitte anzeigen! – Das sind die CSU-Fraktion, die FREIEN WÄHLER, die GRÜNEN und die AfD-Fraktion. Enthaltungen bitte! – Stimmenthaltung bei der SPD. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Nun komme ich zur Abstimmung über den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Bayerische Wirtschaft retten – Einzelhandel, Gastgewerbe, Sportstätten, Kultureinrichtungen und Schulen öffnen!" auf der Drucksache 18/14262. Wer dem Dringlichkeitsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die AfD-Fraktion und der fraktionslose Abgeordnete Swoboda. Gegenstimmen bitte anzeigen! – Das sind die CSU, die FREIEN WÄHLER, BÜND-

NIS 90/DIE GRÜNEN, die SPD und die FDP-Fraktion. Stimmenthaltung? – Der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wird der Geschäftsordnungsantrag noch aufrechterhalten? – Zu einem Geschäftsordnungsantrag hat sich der Abgeordnete Hahn von der AfD-Fraktion gemeldet. – Bitte schön, Herr Hahn. Sie haben eine Redezeit von fünf Minuten.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Herr Vizepräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich werde die fünf Minuten nicht ausschöpfen. Es geht mir aber um Gerechtigkeit.

Wir haben hier heute eine Rede der geschätzten Kollegin Ruth Waldmann erlebt, während der sie die Maske aufgelassen hat. Sie hat das mit der Begründung getan, dass vor ihr ein AfD-Redner an diesem Pult gesprochen habe.

Wir als AfD haben keinen Vizepräsidenten. Herr Vizepräsident Gehring, es lag in Ihrer Macht, hier einzuschreiten. Ich sage das gerade vor dem Hintergrund, dass an diesem Pult mal ein AfD-Redner mit Maske aufgetreten ist.

(Unruhe)

– Lassen Sie mich doch einfach in Ruhe ausreden; Sie können gleich erwidern. Respektieren Sie doch mein Wort.

Das war eine sehr sichere Maske. – Auch ich habe heute aufgrund der Maske nicht jedes Wort verstanden. Ich habe natürlich auch das Gesicht von Frau Waldmann nicht gesehen. Ich finde es zum Ersten sehr bedenklich, dass hier – ich habe vorhin schon darauf aufmerksam gemacht – mit zweierlei Maß gemessen wird. Das gilt gerade hinsichtlich der AfD, die keinen Vizepräsidenten hat, der selber im Präsidium, im Ältestenrat oder sonst wo entsprechend einwirken könnte. Das möchte ich mal sagen.

Zum Zweiten haben wir heute – wir sitzen alle hinter diesen Plexiglasscheiben – eine Situation gehabt, während der mein geschätzter Kollege Franz Bergmüller etwas mit

einem Bild illustrieren wollte. Dann kam ein Hinweis vom Präsidium, er möge diesen Zettel abnehmen.

(Zuruf)

Ich bin hingegangen, habe das mit ihm geklärt, und er war bereit, das zu machen.

Wir sind durchaus bereit, hier im Landtag jede Regel zu berücksichtigen.

(Zurufe)

Wir fordern aber auch ein,

(Zurufe)

dass uns Gerechtigkeit widerfährt und dass man die Regeln dann auch für uns geltend macht.

Herr Vizepräsident Gehring von den GRÜNEN, ich frage Sie deshalb: Warum haben Sie eben nicht eingegriffen? – Ich hatte das sofort angesprochen. Ich fordere Sie dazu auf, diese Entscheidung zu korrigieren. Oder wollen Sie, dass hier irgendwann alle Redner mit einer Maske stehen, sodass man sie nicht mehr verstehen kann? Das Fernsehen und das Videoarchiv kann das dann nur noch mit Maske dokumentieren.

(Unruhe)

Es sei der Würde dieses Hohen Hauses nicht zuträglich. – Das wurde mir als Argument genannt, warum man hier eben nicht mit einer Maske stehen soll. Ich wäre sehr froh darüber, wenn Sie als demokratische Parteien – ich bezeichne alle hier als demokratische Parteien – dann auch das Standvermögen hätten, gleiches Recht für alle zu gewähren und uns nicht auszuschließen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD – Zurufe)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Kollege Hahn, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ihre Rede ist nicht als Geschäftsordnungsantrag, sondern als Kritik an der Sitzungsleitung zu werten. Nach unserer Geschäftsordnung wird Kritik an der Sitzungsleitung in der nächsten Ältestenratssitzung besprochen. Dort werden wir über dieses Thema reden. Im Ältestenrat sind Mitglieder der AfD anwesend.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind am Ende dieser Sitzung. Ich wünsche ein schönes Wochenende. Wir haben eine sitzungsfreie Woche. Seien Sie weiterhin vorsichtig, achtsam, zuversichtlich und bleiben Sie gesund!

(Schluss: 17:13 Uhr)